



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/219 - 22. September 1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 836 880

Berlin in Bonn	S. 1
Zum bevorstehenden Parlamentarierbesuch aus Belgrad	S. 2a
Der neue Direktor der Welternährungsorganisation	S. 3
Geschichtsfälschungen der SED	S. 4

## Werbung allein tut's freilich nicht

r. Sehr viel deutlicher als sonst ist in dieser Woche die alte Reichshauptstadt in der neuen Bundeshauptstadt gegenwärtig. Während der Berliner Woche bis zum 28. September gibt es eine ganze Reihe von kulturellen Veranstaltungen mit Künstlern aus Berlin, Theateraufführungen, eine Gemäldeausstellung, eine Gastvorlesung des Rektors der Freien Universität. In den Schaufenstern paradiieren Modelle aus Berliner Modehäusern vor Grossfotos des Kurfürstendamms und allenthalben sind Berliner Waren ausgestellt. Einem Höhepunkt soll die Gedächtnisfeier für den vor drei Jahren verstorbenen Ernst Reuter bilden..

Es hat einige Missklänge bei der Vorbereitung gegeben: Ein Ausstellungsbus des Berliner Senates hat z.B. nicht auf dem repräsentativen Mittelpunkt Bonn, dem Münsterplatz, aufgestellt werden dürfen, weil dadurch das Münster selbst, das vom Hintergrund her den Platz beherrscht, "entweiht" werden könnte. Und welchen profanen Trubel hat es in den vergangenen Jahren auf diesem Platz nicht schon gegeben! Der Autobus aus Berlin wird sich also einen bescheideneren Platz suchen müssen. (Auf der anderen Seite hatte Berlin durch Vertrieb einer Sonderbriefmarke 200 000 Mark zur Linderung der in der Bundesrepublik aufgetretenen Hochwasserschäden aufgebracht, davon 60 000 für Nordrhein-Westfalen, die bei dieser Gelegenheit sozusagen als kleines Gastgeschenk mitgebracht werden sollen.) Die kleinen Berlin-Wirpel, die in dieser Woche Strassenbahnwagen und Autobusse schmücken, wahren auch unter diesen besonderen Umständen die vielen Berliner, die hier leben, eher melanchol-

lisch als lustig an.

Dass versucht wird, zwischen zwei nach Bedeutung und Eigenart, nach Tradition und Schicksal so grundverschiedenen Städten Brücken zu bauen und Verständnis zu erwecken, ist sicher notwendig und gut, wobei ganz offen bleibt, ob solche Bemühungen einen Erfolg haben können, der in die Tiefe geht. Berlin ist in den letzten Jahren wirtschaftlich etwas vorangekommen. Aber politisch ist es in den drei vergangenen Jahren stehengeblieben, und das bedeutet praktisch einen Rückschritt. Bonn aber hat sich als provisorische Hauptstadt in beängstigender Umfange "zementiert" - dies hässliche Wort hier mit Bedacht gewählt.

Auch verhehlen sich Kenner der Berliner Situation nicht, dass der eigentliche Kampf um die künftige Stellung der alten Reichshauptstadt noch bevorsteht. Die Kosten, die mit der Wiederaufnahme der Saar in den westdeutschen Staatsverband verbunden sind, werden weit über eine halbe Milliarde betragen. Auf der anderen Seite wird immer deutlicher, dass Schäffer den Abbau der Umsatzsteuervorzüge <sup>für Berlin</sup> betrifft, um nur ein besonders wichtiges Symptom zu nennen. Gewiss - im Oktober wird der Bundestag wieder einmal für eine Woche nach Berlin gehen. Aber solche gutgemeinten Gesten reichen auf die Dauer nicht aus. Es ist bezeichnend, dass Männer, die gelegentlich von ihren Aussenposten als Botschafter oder Gesandte in die Bundesrepublik kommen, und dass auch Ausländer in entsprechender Position, die die Dinge nicht von innen her, sondern von der Peripherie und aus globaler Sicht sehen, die Zukunft Berlins zunehmend skeptisch beurteilen.

Dem kann nur damit begegnet werden, dass man die Stadt auch politisch immer fester an die Bundesrepublik bindet. Vor allem in Form eines vollgültigen Anschlusses dieser Stadt an die gewählten Vertretungskörperschaften des Bundes, Bundestag und Bundesrat. Heute kann man kaum noch ernsthaft damit operieren, der Vier-Mächte-Status dieser Stadt dürfte nicht verletzt werden. Über solche Einwände, wenn sie je zu Recht bestanden haben, ist die Entwicklung in der Zwischenzeit hinweggeschritten.

Berliner Wochen, tätige Hilfsbereitschaft und wachsendes psychologisches Verständnis, - das alles ist wertvoll. Aber entscheidend bleibt zuletzt doch nur die Bekundung eines festen Willens, die notwendigen politischen Konsequenzen für das Verhältnis Berlins zur Bundesrepublik zu ziehen.

\* \* \*

- 2 a -

Schlußstrich unter ein trübes Kapitel

ler. Ein trübes Kapitel, das die deutsch-jugoslawischen Beziehungen in der Vergangenheit erheblich belastete, wird in der ersten Sitzungswoche des Bundestages nach den Parlamentsferien abgeschlossen werden. Auf der Tagesordnung steht die Ratifizierung des deutsch-jugoslawischen Finanzabkommens. Um dieses Abkommen hat es in den letzten Jahren ein Hin und Her gegeben, mächtige politische Einflüsse aus den Reihen der größten Regierungspartei verhinderten seine Verabschiedung, obwohl politische Einsicht und Vernunft für eine rasche Erledigung sprachen. Das Abkommen regelt die von der Kriegszeit stammenden Forderungen Belgrads an Bonn und schafft damit eine neue und solide Grundlage für die Belebung beiderseitiger Wirtschaftsbeziehungen. Dies liegt im Interesse beider Länder.

Zeuge dieser endgültigen Bereinigung wird eine Abordnung jugoslawischer Parlamentarier unter Führung des Vorsitzenden des Belgrader Parlaments, Moshe Pijade, sein. Dieser Besuch war eine Reise deutscher Bundestagsabgeordneter, an der Spitze Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, im Mai vorigen Jahres vorangegangen. Die jugoslawische Abordnung kann eines herzlichen Empfangs sicher sein. Ihre Mitglieder kommen als Vertreter eines Landes, dessen einzigartige Stellung in der Weltpolitik ihnen Anerkennung und Respekt verschafft. Moshe Pijade ist für die deutsche politisch interessierte Öffentlichkeit kein Unbekannter. Neben Marschall Tito hat er in dem schweren Jahr 1948 wohl den entscheidendsten Beitrag für die Erhaltung der Unabhängigkeit Jugoslawiens geleistet, und damit eine Tat vollbracht, deren weitreichende Wirkungen in den letzten Jahren besonders sichtbar wurden. Die Standfestigkeit dieses Landes, seiner Führung und seiner Völker, schufen ihm viele Bewunderer und Freunde im Westen und erweckten Hoffnungen im Osten. Die Auflockerung im Satellitenbereich der Sowjetunion wäre nicht denkbar ohne das jugoslawische Beispiel; an ihm entzündet sich die Bestrebungen der bisherigen Satelliten, doch noch einen eigenen Weg zu nationaler Unabhängigkeit, nicht gegen, aber ohne Moskau zu finden.

Gegenseitige Besuche von Parlamentsabordnungen können niemals Regierungsbeschlüsse ersetzen, wohl aber zur Bildung eines gegenseitigen Vertrauens und Verständnisses beitragen. Dies allein zählt schon viel im Leben der Völker, die heute beginnen, sich ihrer Abhängigkeit voneinander bewusst zu werden. Die in Gesprächen und unmittelbarer Anschauung gewonnenen Eindrücke bestimmen wesentlich das Bild, das man sich von dem anderen macht, sie zerstören Vorurteile und vermitteln neue Erkenntnisse. Die jugoslawischen Vertreter werden sich in allen Begegnungen auf den verschiedensten Ebenen von dem unbedingten Friedenswillen des deutschen Volkes überzeugen können, aber auch von seinem Begehren, wieder als ein Volk in einem einzigen Deutschland vereinigt zu sein, das in friedlicher Partnerschaft zu allen seinen Nachbarn steht.

+ + +

Werden nur die Reichen satt?

E.F. Bei der turnusmässigen Wahl des neuen Direktors der Welternährungsorganisation FAO in Rom ist der Inder Binay Ranjan Sen, bisheriger Botschafter Indiens in Tokio, gewählt worden. Er erhielt im zweiten Wahlgang 42 Stimmen gegenüber 29 Stimmen für den holländischen Landwirtschaftsminister, den Sozialdemokraten S.L. Mansholt. Dem Amerikaner Davis als drittem Kandidaten fehlte im ersten Wahlgang eine Stimme an der absoluten Mehrheit. Der Harvard-Professor zog daraufhin seine Kandidatur zurück.

Sehr scharf standen sich in Rom der asiatisch-arabische und der amerikanische Block gegenüber. Auf Grund dessen räumte man dem europäischen Kandidaten Mansholt eine berechnete Kompromisschance ein. Die europäischen Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht. Vielmehr stimmten die Amerikaner für den Inder Sen. Ihr Verhalten war nicht ohne politische Absicht. Die Ernährungsfragen spielen bei den weissen Völkern eine drittklassige Rolle, während sie für die Asiaten noch immer das Problem Nr. 1 darstellen. So erhoffen sich die asiatischen Völker von der Person des Dr. Sen eine Lösung der Probleme der Unterernährung, der schlechten Arbeitsproduktivität und der besseren Verteilung der Überschüsse. Im Zuge ihrer allgemeinen Befriedungspolitik haben die USA dem Verlangen des asiatischen Blocks stattgegeben.

Viel Beachtung fand in Rom eine Rede des holländischen Delegationsführers Mansholt, der das Versagen der FAO in den letzten Jahren scharf kritisierte. Mansholt sagte u.a. "Uns liegen Berichte vor, dass die Welternährungsproduktion wieder gestiegen ist. Wenn man aber hinter den Schleier der Statistiken schaut, findet man andere Tatsachen. Die Produktion hat allein in Nordamerika und Ozeanien zugenommen, Gebiete, die schon immer von Überschüssen geplagt wurden. In weiten Teilen der Welt herrschen aber Unterernährung und Hunger bei Millionen menschlichen Wesen. Erste Aufgabe der FAO ist es, eine Brücke zu schlagen zwischen den hoch- und unterentwickelten Gebieten. Für diese Aufgabe wurde die Organisation geschaffen. Das Prestige der FAO hat in der letzten Zeit stark gelitten und stimmt nicht mehr überein mit dem der anderen Organisationen der Vereinten Nationen. Daran sind in erster Linie die zwischenmenschlichen Beziehungen schuld, die verbessert

werden müssen!

Dieses Versagen spiegelt sich auch wider in dem Buch des letzten Präsidenten der FAO, John Boyd Orr, das unter dem deutschen Titel: "Werden nur die Reichen satt?" stark resignierende Züge trägt.

Den Europäern ist Mansholt durch seine zehnjährige, von sozialdemokratischen Vorstellungen getragene Aufbauarbeit, bekannt, die die holländische Landwirtschaft zu einer der ersten Europas gemacht hat. Infolge seines längeren Aufenthaltes in Indonesien wären ihm auch die asiatischen Probleme vertraut gewesen.

Der neue Präsident hat eine schwere, überaus wichtige Aufgabe für die Wohlfahrt der Menschheit vor sich. Es ist ihm zu wünschen, dass er die bestehenden Schwierigkeiten aus dem Wege räumt.

\* \* \*

#### SED-Verlag verleumdet Grotewohl und Ebert

Von Prof. Dr. Fritz Baade, Kiel

In einem SED-Verlag, der sich Verlag der Nation nennt, ist ein Buch des aus der John-Affäre unruhlich bekannten Wolfgang Gans Edler Herrn zu Putlitz erschienen. Es nennt sich "Unterwegs nach Deutschland" und schildert, wie der Verfasser seinen Weg vom Diplomaten des Hitler-Regimes über die von Lord Vansittart organisierte Flucht nach England schliesslich nach Deutschland, in diesem besonderen Fall in das östliche Teilstück Deutschlands, gefunden hat. Das Buch ist so mit persönlichen Ressentiments des Verfassers vollgefüllt und enthält so viele offensichtlich dadurch einseitig gefärbte Anekdoten, dass es sich nicht lohnen würde, sich mit ihm zu beschäftigen.

In einem Punkte aber hat der Verfasser und damit der Verlag den Mut zu einer so unverschämten Geschichtsfälschung aufgebracht, dass es doch notwendig ist, einiges darüber zu sagen. Es handelt sich um die Reichstagssitzung vom 23. März 1933, in der das von Hitler verlangte Ermächtigungsgesetz angenommen wurde, ein Ermächtigungsgesetz, das ihm sogar erlaubte, ohne die Volksvertretung verfassungsändernde Gesetze zu erlassen, ein Gesetz, durch das also ein verbrecherisches Gangsterregime den besseren Anstrich der Legalität erhielt.

An dieser Sitzung haben von den damals gewählten 120 Sozialdemo-

kraten 94 teilgenommen, lo sassen bereits damals in den Kerkern des Herrn Göring. Ein Antrag Breitscheid und Genossen, diese Abgeordneten aus der Haft zu entlassen, um ihnen Gelegenheit zu geben, auch gegen das Ermächtigungsgesetz zu stimmen, wurde abgewürgt. Die Abstimmung war bereits auf Grund dieser Tatsache verfassungswidrig, ebenso natürlich auf Grund der Tatsache, dass Göring, nachdem er den Reichstag hatte in Brand stecken lassen, es zwar zuliesse, dass für die aufgestellten kommunistischen Abgeordneten bei der Wahl noch Stimmen abgegeben wurden, dass diese Mandate aber dann auf Grund der Lüge, die Kommunisten hätten das Reichstagsgebäude angesteckt, kassiert wurden. Die 94 sozialdemokratischen Abgeordneten, die an der Abstimmung teilnehmen konnten, haben selbstverständlich gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt, und zwar obwohl ihnen vorher gesagt worden war, sie würden höchstwahrscheinlich im Sitzungssaal dafür totgeschlagen werden.

Im Sitzungssaal standen hinter unseren Sitzen - ich war einer der 94 - mit Pistolen bewaffnete SA- oder SS-Leute. Wir haben trotzdem unsere Pflicht getan, gegen das Gesetz zu stimmen. 24 von uns haben, wie Paul Löbe als Alterspräsident des Bundestages am 7. September 1949 festgestellt hat, ihre aufrechte Haltung später mit dem Tode bezahlt.

Der Verlag der Nation und Herr v. Putlitz verbreiten nun die Lüge, die Sozialdemokraten hätten nicht gegen, sondern für das Ermächtigungsgesetz gestimmt. Um die ganze Niedertracht der Schreibweise des Herrn v. Putlitz zu kennzeichnen, sollen die wichtigsten Sätze aus seiner Darstellung hier zitiert werden:

"Es kam zur Abstimmung. Wie ein Mann standen die Abgeordneten der Rechten von ihren Sitzen auf. Von der Mitte nach links waren es indessen zunächst nur wenige. Man wartete also, und die SA-Leute an den Türen begannen, ungeduldig mit ihren Gummiknüppeln zu spielen. Hitlers böse Augen schienen zu sagen: Na, wird's bald?"

Die Stimmung wurde von Sekunde zu Sekunde ungemütlicher. Langsam lösten sich hier und dort Rosenböden von ihren Plätzen, und allmählich folgten weitere. Schliesslich gehörte auch Herr Wels zu den Stehenden, und als am Ende das Deutschlandlied angestimmt wurde, stand das ganze Haus. Hitler hatte verfassungsmässig, demokratisch und legal sein Ermächtigungsgesetz erhalten."

Im Namen der 96 Sozialdemokraten, derer, die noch am Leben sind, wie insbesondere derer, die nicht mehr am Leben sind, fordere ich hiermit den Verlag der Nation auf, dieses Buch wegen dieser Lüge aus dem Verkehr zu ziehen und einzustampfen.

Der Leser wird sagen: Du Optimist! Ich bin aber tatsächlich so optimistisch, zu erwarten, dass er das tun wird. Es ist den Herren nämlich ein besonders peinliches Vorsehen passiert. Sie hätten das Protokoll dieser Reichstagsatzung nachlesen sollen, dann hätten sie gesehen, dass zu den 94 Sozialdemokraten, die damals ihre Pflicht getan haben, obwohl sie befürchten mussten, dafür totgeschlagen zu werden, auch Otto Grotewohl und Fritz Ebert gehörten, dazu noch eine Anzahl weniger bekannter heutiger SED-Politiker.

Herr v. Putlitz berichtet in seinem Buch, dass der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete v. Raumer ihm eine reichlich zynische Devise auf seinen Lebensweg mitgegeben habe. Sie lautet:

"Lüge so, wie du, wenn du gefasst wirst, wünschen wirst, gelogen zu haben".

Nun, sie haben gelogen, der Verlag und der Autor. Wir haben sie gefasst. Es ist aber sehr zu bezweifeln, ob sie, nachdem sie so gefasst worden sind, noch wünschen werden, so gelogen zu haben. \* \* \*

Verantwortlich: Peter Raunau